



Ludwig, Babler: Aus den Wiener Bezirksorganisationen kommen auch heuer wieder besonders viele Anträge.

Wie die Wiener Genossen beim SPÖ-Parteitag den Ton angeben

Hintergrund. Mehr als ein Drittel der Anträge stammt aus der Bundeshauptstadt.

K Analyse

Von Josef Gebhard

Mit wie vielen Prozent der Delegiertenstimmen wird der zuletzt intern wieder arg unter Beschuss geratene Andreas Babler als SPÖ-Chef bestätigt? Diese Frage rückte zuletzt in den Hintergrund, dass es beim heutigen SPÖ-Parteitag in der Messe Wien eigentlich um die Inhalte gehen sollte – wie die roten Parteigranden bei jeder Gelegenheit beteuern.

Was sind also die inhaltlichen Schwerpunkte, über die die Genossen entscheiden? Die wichtigsten finden sich in den beiden Leitanträgen. Im ersten stellten die Roten etliche Forderungen auf, die mit den aktuellen Koalitionspartnern nur schwer umsetzbar sein werden. Allen voran jene nach einer Vermögens- und Erbschaftssteuer. Ebenso eine progressiv gestaltete Körperschaftssteuer und

eine dauerhaft festgeschriebene Bankenabgabe. Der zweite widmet sich dem Thema Sicherheit für Frauen.

Insgesamt werden die 623 Delegierten über 122 Anträge und Resolutionen abstimmen – von einer Forderung gegen klimaschädliche Förderungen bis zur Gleichberechtigung von analogem und digitalen Leben.

Was auffällt: Besonders eifrige Antragssteller sind die Wiener Genossen. Nicht weniger als 47 Anträge, also mehr als ein Drittel, stammen von dortigen Bezirksorganisationen, dazu kommt noch einer von der Landespartei. Wobei sich vor allem die SPÖ aus dem Bezirk Alsergrund (20 Anträge) hervortut. Hier ist auch die am linken Parteiflügel angesiedelte Sektion 8 beheimatet, die österreichweit als eine der umtriebigen Basisorganisationen gilt.

Nicht einmal annähernd so häufig kommen die ande-

ren Bundesländer im Antragsheft vor. Am ehesten noch die SPÖ Innsbruck mit vier Anträgen, ansonsten finden sich nur noch jeweils ein Antrag der SPÖ Kärnten, Oberösterreich und Salzburg. Ein ähnliches Bild zeigte sich schon beim Parteitag 2023.

„Wir haben traditionell eine sehr aktive Diskussionskultur.“

Ein SPÖ-Funktionär aus Wien

Zweifelsohne ist Wien gemessen an Mitgliedern und Wahlergebnissen im Vergleich die wohl wichtigste rote Hochburg. Das allein erklärt den enormen Überhang bei den Anträgen aber noch nicht. „Wir haben traditionell eine sehr aktive Diskussionskultur“, liefert ein langjähriger Wiener Genosse eine Erklärung.

Hinzu kommt: Für Funktionäre auf Bezirksebene wirke es ungemein motivierend, wenn es ihr Antrag durch alle Gremien bis in den Bundesparteitag schaffe.

Talenteschmiede

„Für die Partei ist dieser Prozess auch wichtig, um politische Talente frühzeitig zu entdecken“, sagt der SPÖ-Vertreter. Denn ein guter Antrag müsse nicht nur einwandfrei formuliert sein, sondern in den Gremien auch überzeugend durchargumentiert werden.

Bei der Bundespartei warnt man allerdings vor voreiligen Schlüssen. „Das Schreiben von Anträgen allein sagt noch nichts über die Qualität der regionalen Parteilarbeit aus“, betont eine Funktionärin. Schließlich gebe es noch viele andere Betätigungsfelder, auf denen sich die Genossen mit ihrem Engagement verdient machen könnten.

Die ÖVP will Städte und FPÖ-Wähler gewinnen

Marchetti: Blaue Widersprüche ansprechen.

Volkspartei. „Wir haben den Anspruch, Erster zu sein“, sagt Nico Marchetti. Er weiß: Eigentlich ist das selbstverständlich, eine Partei, die zwar den Kanzler stellt und *nicht* Stimmenstärkster sein will, die hat sich aufgegeben.

Doch der ÖVP-Generalsekretär weiß, wie weit man momentan von Platz 1 entfernt ist. Und so erklärt Marchetti, wie man die Lage ändern möchte.

Das eine, das sind die Städte: Per 11. März startet die ÖVP eine „Städteplattform“. Hier geht es darum, die Volkspartei in den Ballungszentren stärker zu machen. „Wir wissen, dass man Bundeswahlen nur gewinnen kann, wenn man in urbanen Räumen erfolgreich ist“, sagt Marchetti.

Der zweite Aspekt ist die FPÖ. Sie soll angegriffen, ihre Widersprüche konkreter thematisiert werden.

„Zahlreiche unserer Wähler sind bei der FPÖ im Warteraum“, sagt Marchetti. Diese müsse man zurückgewinnen. Und zwar indem man „klarmacht, was passiert, wenn die FPÖ regiert“.

Als Beispiel bringt er das Raketen-Abwehr-Projekt Sky Shield. „Wir sehen jetzt viele Raketenangriffe. Trotzdem ist die FPÖ gegen Sky Shield. Ein Volkskanzler



Marchetti: Ohne Städte ist im Bund nicht zu gewinnen.

Kickl wäre nicht der bessere Weg gewesen.“

Bilanz

Marchetti nutzt die Gelegenheit, um über das erste Jahr der Dreier-Koalition Bilanz zu ziehen. „Die Ausgangslage vor einem Jahr war schwierig: Wir hatten die längsten Regierungsverhandlungen der Zweiten Republik, Rezession und Teuerung und die Stimmung war schlecht.“

Dies sei ein Jahr später anders: „Die Inflation ist auf zwei Prozent gesunken, die Wirtschaft wächst, die Investitionen steigen.“ Zudem habe man vieles verändert: Maßnahmen wie das Billigstromgesetz oder der Industriestrombonus würden Energie günstiger machen. Bei der Migration habe man einen Stopp des Familiennachzuges erreicht. Und die Entbürokratisierungsoffensive sei gerade erst angelaufen.

C. Böhmer

ÖGK kürzt Leistungen und erhöht Selbstbehalte

Gesundheit. Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) verschärft ab Mai die Regeln für Kostenübernahmen von Krankentransporten. Diese werden nur noch von der ÖGK bezahlt, wenn eine ärztliche begründete Transportanweisung über die Gehunfähigkeit des Patienten vorliegt. Möglich bleibt bewilligter Transport bei Patienten mit Immundefizienz wegen einer Tumorerkrankung und bei isolationspflichtigen Infektions-

erkrankungen. Auch der Selbstbehalt beim Zahnersatz steigt – etwa bei Kronen und Kunststoffprothesen – ab Mai von 25 auf 30 Prozent. Bei Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, sind es 20 Prozent. Auch bei Parodontose-Therapien wird die Kostenübernahme eingeschränkt.

Die ÖGK begründet die Änderungen mit finanziellem Druck durch gesunkene Einnahmen und höhere Ausgaben.

„Gibt einen Grund, warum Lacina die Vermögensteuer abgeschafft hat“

Finanzen. Geht es nach SPÖ und Grünen, soll es eine Reichensteuer geben. Was zu lukrieren ist und welche Schwierigkeiten damit verbunden sind.

Von Johanna Hager

33.806 Menschen (*Stand Freitagnachmittag*) haben die Petition der Grünen „Superreiche fair besteuern“ unterschrieben.

Grünen-Chefin Leonore Gewessler will, dass Menschen, die über eine Million Euro erben, dafür Steuern bezahlen. Je nach Vermögen soll der zu entrichtende Steuersatz bis zu 35 Prozent betragen. Fast deckungsgleich ist das Modell der SPÖ. SPÖ-Finanzminister Markus Marterbauer postete zudem vor wenigen Wochen seine Lektüre: „Reichensteuer. Aber richtig!“ von Gabriel Zucman. Grüne und SPÖ gehen in ihren Rechenmodellen von möglichen Einnahmen



Rechtsanwalt Gerald Schmidberger.

für den Staat von über einer Milliarde Euro jährlich aus – ÖVP und Neos schließen, wie berichtet, neue Steuern jedoch kategorisch aus. Was aber *könnte* passieren, sollte es doch dazu kommen?

Gerald Schmidberger, der als Rechtsanwalt der Wirtschaftskanzlei Saxinger Unternehmensübergaben im DACH-Raum (Deutschland,

Österreich, Schweiz) begleitet, sagt im KURIER-Gespräch, man sehe bereits Bestrebungen von sehr vermögenden Personen, ihr Vermögen ins Ausland zu transferieren für den Fall, dass es zu vermögensbezogenen Steuern oder Erbschaftssteuern kommt. Wenn das der Fall sein sollte, sei er nicht sicher, „ob der erhoffte Effekt für den Staat so groß sein wird. Es gibt auch einen Grund, weshalb SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina 1993 die Vermögenssteuer abgeschafft hat“, so Schmidberger. „Der Aufwand aufseiten der Verwaltung wurde dem erhofften Ergebnis – nämlich dem Steuerertrag – in keiner Weise gerecht.“ Als es in Öster-

reich noch eine Erbschafts- und Schenkungssteuer gab, habe man zudem legale Wege der Steuerminimierung gesucht und oft auch gefunden.

Vergleich Deutschland

Ein veritables Problem stelle die Erbschaftssteuer oftmals für Familienunternehmen bei Firmenübergaben da, wie Saxinger aus seinen Tätigkeiten in Deutschland, wo der Erbschaftssteuersatz zwischen 7 und 50 % liegt, weiß. Um eine Relation zu haben: Laut statistischem Bundesamt haben die Finanzverwaltungen in Deutschland 2024 Erbschafts- und Schenkungssteuer in der Höhe von 13,3 Milliarden Euro festgesetzt.

„Wenn nicht ausreichendes Privatvermögen – vor al-

lem flüssiges Privatvermögen – vorhanden ist, um die Erbschaftssteuer aus eigenen Mitteln aufbringen zu können, führt das oft dazu, dass Kredite aufgenommen werden müssen oder über Anteilsverkäufe nachgedacht werden muss, wenn sich der Unternehmensnachfolger nicht dafür verschulden will.“

Bei Übergaben von größeren Unternehmen mit mehreren Gesellschaften bedürfe es nämlich allein für die Bewertung der Firmen, die als Basis für die Berechnung der Erbschaftssteuer dient, ein Team, das sich aus Steuerberatern und Anwälten zusammensetzt und damit „erhebliche finanzielle Mittel“.

Kann ein mittelständisches Unternehmen *nicht*

selbst die Mittel aufbringen, um die Steuern zu zahlen, könne man zwar theoretisch versuchen, einen Teil der Firma zu verkaufen, um die Erbschaftssteuer zu begleichen, „aber wer kauft denn 30 Prozent eines mittelständischen Unternehmens“, gibt Saxinger zu bedenken, der in dem Zusammenhang an den südkoreanischen Elektronikkonzern Samsung. „Firmengründer Lee Kun Hee hat das Unternehmen vererbt, die Erbschaftssteuer betrug mehrere Milliarden und die Erben mussten nun, um die Steuern zu begleichen, Aktien verkaufen. Das geht bei einem Unternehmen, dessen Aktien börsennotiert sind, freilich leichter als bei einem mittelständischen Unternehmen.“